

AK-Chef: Gesetz, sonst Mobilisierung

Dinkhauser schießt scharf gegen Agrar

AK-Präsident spricht vom „größten Rechtsbruch der Geschichte Tirols“. Er unterstützt einen Gesetzesvorschlag von Rechtsanwalt Andreas Brugger.

INNSBRUCK (pascal). „Ein Bodenraub“ sei es gewesen, „weit über 2000 km² Grund im Wert von mindestens drei Milliarden Euro, die man den Bürgern gestohlen hat“. Ak-Chef Fritz Dinkhauser kam am Donnerstag in Rage. Die Übertragung von Gemeindegut in das Eigentum der Agrargemeinschaften habe deren Mitglieder „zu einem Millionärsklub“ gemacht.

Die Auswirkungen: „Grund und Boden, Häuser und Mieten sind in diesem Land nicht mehr bezahlbar – das ist die wirkliche Katastrophe.“ Der Bürgermeister „ist zum Bittsteller bei den Agrargemeinschaften geworden“. Und „drei Prozent entscheiden über 97 Prozent der Bevölkerung“.

Handlungsbedarf

„Letztes Jahr hat der Landtag die Regelung des Verhältnisses zwischen Gemeindeguts-Agrargemeinschaften und Gemeinden eingefordert“, fährt Dinkhauser fort. Nun sei der Landeshauptmann gefordert. Er selbst, Dinkhauser, „wäre dafür, alle Agrargemeinschaften abzuschaffen. Die Bürger sind ja die Entrechteten. Ich erwarte mir, dass

sich der Landeshauptmann für die Leute einsetzt – und nicht für die Privilegierten.“

Fertiger Entwurf

Rechtsanwalt Andreas Brugger, der zahlreiche Gemeinden gegen Agrargemeinschaften unterstützt, hat nun einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet. Es geht dabei „um jene 399 Agrargemeinschaften, wo im Bescheid eindeutig vom Begriff Gemeindegut ausge-



„Grund und Boden, Häuser und Mieten sind nicht mehr bezahlbar.“

FRITZ
DINKHAUSER

Foto: Fischer

gangen wird“, so Brugger. Darin soll der Gemeinderat die wesentlichen Entscheidungen treffen, die Gewinne ins Gemeindebudget fließen, die Nutzungsrechte auf den Haus- und Gutsbedarf beschränkt werden, die Gemeinde Nutzungsrechte und Zugriff auf Grund erhalten.

„Der Entwurf wurde allen Landtagsabgeordneten geschickt“, sagt Dinkhauser, der sich nun ein Gespräch mit dem Landeshauptmann erwartet. Wenn nicht, „dann mobilisieren wir Bürgermeister und Gemeinderäte im ganzen Land“.